

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/2, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pfennige, für zweiseitige und Belegungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 179.

Mittwoch, den 3. August 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Wie stehen wir zu den Landtagswahlen.

I.

Während die Wahlmännerwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus nach einer bisher nicht widerwartenen offiziellen Mittheilung noch im October, also in reichlich zwei Monaten, stattfinden sollen, rührt sich im Blätterwald der politischen Parteien kein garnichts und es scheint, als ob auch die nächsten Wahlen zum gesetzgebenden Körper Preussens unter der gleichen allgemeinen Theilnahmlosigkeit vor sich gehen sollen, wie das nun schon seit drei Jahrzehnten regelmäßig der Fall war. Freilich ist die Sommerzeit der Politik wenig günstig und in diesem Sommer hat die Reaction, welche auf die durch die Reichstagswahlen verursachten Meinungsänderungen und Erregungen folgte, die alljährliche politische Ruhezeit zu einer besonders regen werden lassen.

Aber auch in der socialdemokratischen Partei, die ihrer ganzen Natur nach erheblich weniger wie die bürgerlichen Parteien dem sommerlichen Ruhebedürfnis in der Politik Nachsicht trägt, zeigt sich bis jetzt keine Bewegung für die preussischen Landtagswahlen, trotz deren Nähe und trotz des Hamburger Parteitagbeschlusses, der der Partei überall dort die Theilnehmung gebietet, wo die Verhältnisse eine solche ermöglichen. Und insbesondere in Preußen hat sich in der socialdemokratischen Partei bisher nicht die geringste Bewegung für eine Theilnehmung im Sinne des Hamburger Beschlusses gezeigt. Der „Vorwärts“ hat freilich einen Artikel gebracht, welcher die Gefahren des Junkertums für unsere weitere innere Entwicklung wieder einmal klar erweist — wir meinen den auch von uns reproducirten Artikel „Brutstätten der Reaction“ — und unser Centralorgan hat bei dieser Gelegenheit einbringlich auch auf die Aufgaben hingewiesen, welche dem Liberalismus bei den nächsten Landtagswahlen erwachsen, von einer Erörterung der mäßig brennend werdenden Aufgaben der Socialdemokratie bei diesen Wahlen ist aber weder in diesem noch in irgend einem anderen Artikel des „Vorwärts“ die Rede.

Im Anschluß an den vorgenannten Artikel ist dann nur die „Frankfurter Volksstimme“ den Aufgaben der Socialdemokratie bei den kommenden Landtagswahlen etwas näher getreten. „Die Stellungnahme der Socialdemokratie zu der Frage der Theilnehmung an den preussischen Landtagswahlen dürfte dadurch“, so schreibt unser Bruderblatt in Frankfurt a. M., „klar gegeben sein. Es ist die geschichtliche Aufgabe des Proletariats, die ihm schon im communistischen Manifest zugewiesen worden ist, im Verein mit der Bourgeoisie den Feudalismus zu zertrümmern. Diese Aufgabe wird zu einer dringenden, wo, wie in Preußen-Deutschland, die bürgerlichen Ueberreste des Feudalismus sich zu einer Gefahr für die ganze bürgerliche Freiheit auszuwachsen drohen. Die Bedenken, die man von parteilichem Gesichtspunkte aus gegen die Landtags- Wahltheilnehmung in Preußen geltend gemacht hat, müssen gegen diese Aufgabe zurücktreten. Im Kampf gegen den Feudalismus muß dem Liberalismus die Unterstützung durch das Proletariat zur Seite stehen — in seinem eigenem, wohlverstandenen Interesse. Das liberale Bürgerthum soll dann zeigen, was es kann!“ Das ist Alles, soweit wir wissen, was bisher kurz vor dem Wahltermine, in der socialdemokratischen Presse Preussens

zu dieser für die Partei so wichtigen Frage geäußert wurde. Dagegen hat sich in der außerpreussischen Presse der Partei bezeichnender Weise ein lebhafteres Interesse für diese unlegendar die Gesamtheit der Partei in hohem Maße berührende Angelegenheit gezeigt. In einem Artikel der Frankfurter „Tagespost“ wird ebenfalls Bezug genommen auf den vorerwähnten Artikel des „Vorwärts“ und dazu bemerkt:

„So wichtig eine Aufklärung der preussischen Landtagswähler über preussische Politik und Verwaltung auch sein mag, so kann doch diese notwendige Arbeit nur dann erst von Erfolg begleitet sein, wenn die Partei endlich einmal aus der Unsicherheit heraus ist, ob selbstständige Wahltheilnehmung stattfindet oder nicht. Diese Frage gilt es vorweg zu entscheiden und zwar möglichst bald. Zum Mindesten sollte man erwarten, daß diejenigen, die bisher mit so großem Eifer die Wahltheilnehmung betrieben haben, jetzt nach den Reichstagswahlen aus ihrer Reserve heraustreten und in der Parteipresse mit erneuten Kräften für ihre Tactik eintreten. Wir wollen uns hier keineswegs in Angelegenheiten mischen, die uns Bayern direct nichts angehen. Nur darüber müssen wir unsere Bewunderung aussprechen, daß man in der Parteipresse über die doch so wichtige und eilige Frage gar nichts hört und liest. Und doch ist die Sache mindestens der eiligen Discussion werth, um so mehr, als über die Auslegungen des Hamburger Parteibeschlusses große Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen herrschen. Will man mit der Austragung dieser bis zum Stuttgarter Parteitag warten, so wird es ja Mitte October, bis wir überhaupt wissen, ob wir uns an den Wahlen theilnehmen oder aber nicht. Dann ist es aber kaum noch möglich, bis zu den Wahlen die Massen der Wähler dritter Klasse so anzufeuern und zu beleben, daß gleich bei der ersten Wahltheilnehmung unsere Partei in einen Wahlkampf selbstständig und operirfähig ziehen wird. Auf der anderen Seite ist es aber unmöglich, früher in die Vorbereitungen zur Wahl einzutreten, ehe die Meinungsverschiedenheiten beseitigt sind. Denn wer soll competent sein, den Hamburger Parteitagbeschlüssen auszuliegen? Hier wird gesagt, die Wahltheilnehmung sei für alle jene Kreise beschloffen, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden; dort wird der Beschluß so ausgelegt, daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise erst selbst noch darüber zu bestimmen haben, ob Aussicht auf Erfolg vorhanden und erst nach Bejahung dieser Frage gehalten sein sollen, in den Wahlkampf einzutreten.“

Selbst die Anhänger der Wahltheilnehmung werden nicht leugnen, daß durch die Erfahrungen bei den Reichstagswahlen unsere Stellung zu den Liberalen sich ganz merklich durch deren Tactik verschoben hat. Zahlreiche Wählerkreise werden nur schwer zu bewegen sein, in den Liberalen das kleinere Uebel zu erblicken, andre wieder werden nur schwer ihre Abneigung gegen das Centrum überwinden können.

Kurz und gut, bei der Entscheidung der Frage tauchen so viele alte und neue Schwierigkeiten auf, daß es gut wäre, wenn wenigstens die publizistischen Vertreter der Wahltheilnehmung resp. Nichttheilnehmung sich in der Presse ansprechen und vielleicht auch unter der Einwirkung der Erfahrungen im Reichstagswahlkampf eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen herbeiführen würden. Dies Ziel ist die Veranlassung, warum wir hier die Frage angeschnitten. So oder so, jedenfalls liegt es im Interesse beider Auffassungen, daß möglichst bald Klarheit geschaffen wird.“

Auch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit und zwar in eingehender Weise in einem

Artikel „Die preussischen Landtagswahlen im Lichte der Reichstagswahlen“. Wir entnehmen demselben Folgendes:

„Wie ist jetzt die Situation? Es liegt auf der Hand, daß wir die soeben bei den Reichstagswahlen gemachten Erfahrungen nicht übersehen dürfen, sondern sie uns bei den preussischen Landtagswahlen zu Nutzen kommen lassen müssen.“

Was haben die Reichstagswahlen Neues gegen unsere Theilnehmung geliefert? Man suche, so viel man will, man findet nichts mehr, als dieses: daß man sich auf die Grundhaftigkeit der Herren vom Freisinn nicht verlassen kann, und das ist längst bekannt. Der Hamburger Parteitag hat doch durch seinen Beschluß nicht etwa den Freisinnigen ein Zeugniß der Gesinnungsfähigkeit ausstellen wollen. Wenn man aber selbst damit rechnete, daß die Freisinnigen eventuell für socialdemokratische Candidaten stimmen würden, so baute man eben nicht auf ihren Idealen, sondern auf ihre Nothlage. Und was haben die Wahlen gezeigt? Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — weil sie um ihre Mandate zappelten — haben die Freisinnigen in einigen Wahlkreisen für die Conservativen gestimmt, — zum Wohl, was anderes berechtigt das, als daß, wenn wir sie bei den preussischen Landtagswahlen in die gleiche Zwangslage versetzen und eine bedeutende Zahl ihrer Mandate von uns abhängig machen, sie auch vor uns den Rücken krümmen werden? Es ist ja die Bekker-Fraction, die sich ihre Mandate zusammenschmort und nur vom Gaudenbrot der anderen Parteien lebt. Und die Tjajtsch ist doch auch nicht aus der Welt zu schaffen, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die freisinnige Wählerschaft bei den Stichwahlen zu einem bedeutenden Theil für uns gestimmt und uns in den Besitz von manchem Mandat gebracht hat.“

Ein socialrevolutionäre Partei muß vor allen Dingen zwischen den Parteileitungen resp. Fractionen und den Wählermassen unterscheiden. Es sind ja nur die ersteren, die wir bekämpfen, dagegen wollen wir die Wähler für uns gewinnen. Darum dürfen wir unseren Groll wegen der verrätherischen und heuchlerischen Haltung der freisinnigen Parteileitungen nicht auf die freisinnige Wählerschaft übertragen. Diese folgen ein und das andere Mal dem Rickwärts der Parteileitungen, aber in dem Maße, wie sie dahinter kommen, daß es diesen nur um die Erlangung der Mandate zu thun ist, verlieren sie das Interesse an dem Freisinn und sind um so leichter für uns zu gewinnen. Durch sein Zusammengehen mit den Conservativen hat der Freisinn nur momentane Erfolge erzielt, viel mehr wiegt, daß er sich dadurch vor seinen eigenen Wählern bloßgestellt hat. Wenn die bürgerlichen Parteileitungen aus Angst vor der Socialdemokratie selbst die Spranken niederreißen, welche sie von einander trennen, so vernichten sie dadurch doch noch nicht die socialen Gegensätze, welche die verschiedenen Bevölkerungsschichten von einander trennen und eben zur Bildung der verschiedenen parlamentarischen Parteien geführt haben; wenn Eugen Richter und Graf Kanitz einander die Hand reichen, so heißt das noch nicht, daß die Bekker-Kanitz und die pommerischen Junker auf einmal ein Volk und eine Seele geworden sind; ja, aber wird dadurch nicht eine Vereinigung, sondern eine Desorganisation der bürgerlichen Wählerschaft erreicht. Das war bis jetzt die Erfahrung aller Cartellirungen: ihre augenblicklichen Erfolge führten schließlich doch nur zu einem dauernden Siegeszug der Socialdemokratie. Kurz, die drei Viertel Millionen freisinnige Wähler als lauter hoffnungslose Bourgeois zu verdammern, wäre

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remizowitsch-Dantschenko.

Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Markow und S. Stein (Kaschens verlesen.)

„Wirklich? Reinen Sie? Sehen Sie, auf der Börse kann man keine Frau finden, man muß sie unter Bekannten suchen. Doch wozu die langen Vorreden! Ich will aufrichtig sein und wie ein Kaufmann direct von der Sache sprechen. Weißt Du mit Deiner Tochter zur Frau geben?“ Er druzte plötzlich Stohleschnitow.

„Das heißt... wie soll ich sagen... ich bin ja außerordentlich... außerordentlich glücklich... Freue mich umgekehrt... mir...“

„Fürchten Sie nichts. Ich verlange nicht, daß Sie Ihre Tochter zwingen sollen; ich habe keine Lust, Hörner zu tragen, ich heirathe nicht für die Adjutanten, sondern für mich selber!“ Nur die eine Frage stelle ich: Bist Du auf meiner Seite oder gegen mich?“ Er hatte ihn in der vertraulichen Frage wieder „Du“ genannt.

„Aber schämen Sie sich nicht, Belinski! Können Sie zweifeln? Das ist ja für mich eine solche Ehre, eine Ehre... aber, ich bitte Sie...“

„Nun gut, also abgemacht! Sehen Sie, ich sage immer: Aufrichtigkeit ist die größte Tugend. Aber einstweilen sagen Sie Ihrer Tochter nichts und beunruhigen Sie das Mädchen nicht. Beherrigen Sie nur unsere Regel: Man muß die Papiere billig werden lassen, ehe man einläuft, und dann muß man sie in die Höhe treiben! Nicht wahr! Ist es nicht so?“

„Sie sind ja längst als weiser Salomo bekannt, Sergei Sergejewitsch.“

„Also, schweigen wir bis zur rechten Zeit! — Apropos! Wie stehen die Stargoroder Actien?“

„Ich treibe sie herunter.“

„Sie wollen kaufen?“

„Mit Gottes Hilfe!“

„Lassen Sie Gott aus dem Spiele! Er ist nur für diejenigen da, die unsere Regel vergessen: Augen offen halten! — Ich denke, Kufin hat von den Actien so circa eine halbe Million. Man muß ihm einen Wink geben, daß er sie losläßt. Wer ist Ihnen von den Redacturen bekannt?“

„Bis jetzt nur unser Mann, Larasch Lewschin, Sie wissen doch, der seiner Zeit eine Wechselstube hielt. Jetzt giebt er eine Zeitung heraus.“

„Ja, ja! Also sagen Sie ihm, er solle ein wenig unruhige Nachrichten verbreiten, ich werde indessen Kufin Angst machen.“

„Wird das nicht auch etwa der „Eisenbahn“ schaden?“

„Nur! Wenn die Actien in Ihren Händen sind und die Bahn rentirt, so ist es doch gut! Wer wird Sie denn hören, den Preis in die Höhe zu bringen? Wenn Sie wollen, werde ich meine kleine Actienzahl an die Börse bringen und sie verkaufen. Später können wir ja abrechnen. Wer arbeitet für Sie?“

„Kontalski und Goldmacher.“

„Ah, die kenne ich, sie sind geschickt. Kennen die beiden den Sachverhalt?“

„Gott bewahre!“

„Dann ist es gut. Sie sind so getrieben, daß sie gefährlich werden könnten, besonders der Kontalski! Haben Sie gehört, wie er mit den Geldern seiner Frau an der Börse speculirte? — Er hielt mit seinem eigenen Vermögen gegen das ihre; sie verrieth Alles und er gewann. Das Centrum der Schwere hatte sich verschoben... aus einer Tasche in die andere.“ Belinski lachte. „Nachher jagte er sie einfach fort“

und heirathete ein junges Mädchen. Bei den Juden ist es ja bequemer, wie bei uns...“

IV.

Auch eine Jeanne D'Arc.

Die Zahl der Felsen nimmt zu, die Berge werden höher, mächtiger rauschen die Wasserfälle. Dort hängt eine Brücke über einer Schlucht, hinter der Brücke liegt ein Thal, und unten im Thale eine majestätische, alterthümliche Stadt.

„Was ist das dort? Wie heißt die Stadt?“ rief Kadsja, ganz versunken in Entzücken über die wunderbaren Bilder, die sich wie in einem Panorama vor den Augen der Reisenden entrollten.

„Trient! Das ist Trient!“ sagte Korotowsky. „Die Pferde vermögen kaum den schweren Wagen mit all unseren Reisenden von der Stelle zu bringen.“

Kadsja hörte wie im Träume die Erklärungen Belinski's, was interessirte sie das, ob die Stadt früher Trebantum hieß oder nicht! Sie ist entzückt von der wundervollen, wildromantischen Aussicht und — von dem Feuer, das ihr aus Lewonts Petrowitschs Augen entgegenleuchtet. Heute gefällt ihr Korotowsky. Wie dreist er den Belinski ansieht, und zwei Mal hat er ihm sogar so geschickt geantwortet, daß Belinski Nichts zu erwidern vermochte.

Liebt sie den Künstler? — Als sie noch im Pensionat war, träumte sie von einem Gefühl, das man Liebe nennt. War nun das, was sie für Korotowsky empfindet, die wahre Liebe? Woher sollte sie es wissen! Ist doch die Jugend auch deshalb so glücklich, weil sie... analysirt, nicht versucht, das Herz zu erforschen. Sie fühlt sich wohl neben ihm, seine Berührung läßt ihr das Blut in den Adern schneller kreisen. Was bedarf es mehr? Und wir, ihr die Augen brennen! Wie geröthet ihre Wangen sind! Ist das nicht genügend? — Alles an ihm gefällt ihr. Seine Betrachtung der Bour-

früher eine gewaltige Uebertriebung. Die „eine reactionäre Masse“ hat ihre volle Berechtigung nur als parlamentarische Vorstellung.

Zum Tode Bismarcks.

Bismarck, der seine Entlassung nie verschmerzt hat, trug schon bei Lebzeiten Sorge, daß von seinem Leichenbegängnis aller officielle Pomp ferngehalten werde. Nach seinen eigenen Worten hatte Bismarck selbst die Form, unter der vor acht Jahren sein Rücktritt von seinen Aemtern erfolgte, schon als ein „Begräbnis erster Klasse“ bezeichnet.

Der Kaiser hatte den Wunsch geäußert, der „Halle des Fürsten in Berlin im Dome an der Seite meiner Vorfahren die letzte Stätte zu bereiten“. Nach anderen Wendungen soll das Anerbieten des Kaisers wörtlich gelautet haben: „Ich wünsche meinen großen Töbten im Dom zu Berlin beigesetzt zu sehen.“ Darum habe Herbert Bismarck erwidert: „Der Wunsch Ew. Majestät würde den Hinterbliebenen als Befehl gelten, wenn nicht der Verstorbene noch in den letzten Lebensjahren schriftlich verlangt hätte, in seinem Sachsenwalde zu ruhen.“ Schließlich hat der Kaiser, wie die „Berl. Neuest. Nachr.“ schon am Dienstag Morgen berichteten, hinsichtlich der Beisetzung des Fürsten Bismarck erklärt, ganz den letztwilligen Bestimmungen des Fürsten Folge geben zu wollen.

Die „Hamburger Nachr.“ veröffentlichten am Dienstag Morgen an der Spitze ihrer Ausgabe folgende Mitteilung aus Friedrichruh: „Die fürstliche Familie ist durch den Tod des Fürsten Bismarck betrauert erschüttert, daß von jeder größeren Feierlichkeit bei der Einsegnung der Leiche abgesehen werden muß; sie wird nur im engsten Familienkreise stattfinden.“

Die Einsegnung der Leiche, an der das Kaiserpaar theilnimmt, erfolgt kurz nach dessen Ankunft; der Kaiserzug hält vor dem Parterre; die Einsegnungsrede hält Pastor Westphal von Brunn. Der Hinweg ist Montag Abend verabschiedet worden und damit jede weitere Befichtigung der Leiche ausgeschlossen. Das Kaiserpaar trifft um 5 Uhr ein und verweilt eine Stunde. Damit werden alle für Friedrichruh in Aussicht genommenen Feierlichkeiten beendet sein. An der Einsegnung nehmen nur Familienmitglieder mit dem Kaiserpaar Theil, auch Hausfreunde wie Lenbach nicht.

Auch die vom Kaiser angeordnete große Trauerfeier auf dem Königsplatz in Berlin wird unterbleiben. Von der Veranstaltung ist Abstand genommen worden in Folge eines am Dienstag in Berlin eingegangenen Telegramms des Kaisers. Eine Trauerfeier wird stattfinden in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche am Samstag, wozu die Mitglieder des Bundesraths, des Reichstags, des Landtags, sowie die höchsten Staats- und städtischen Behörden Einladungen erhalten werden.

Auch der Wunsch des Kaisers, eine Todtenmaske Bismarcks abformen zu lassen, konnte nicht ausgeführt werden, und der Beamtete des Professors Beggs mußte unrichtiger Sache aus Friedrichruh wieder abziehen, ohne daß er Zutritt zur Leiche erhalten hätte. Es ist keinerlei Todtenmaske Bismarcks genommen worden. Die Familie wollte keine Todtenmaske. Auch Lenbach hat eine Schippe oder Aufnahme der Leiche nicht machen dürfen.

In der Grabinschrift, welche Fürst Bismarck sich erwählt hat mit dem Zusatz: „Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelm's I.“, findet das Städtische „Volk“ drei den Kaiser recht verlebende Epigramme. Einem will der Fürst Bismarck vom „Herzog von Lauenburg“ nichts wissen, zweitens spricht er vom Kaiser Wilhelm I. nicht vom „Großen“, und drittens will er nur ein treuer Diener des alten, also nicht des jungen Herrn gewesen sein.

Unmittelbar nach dem Tode ist im „Berliner Social-Anzeiger“ durch den ehemaligen Selbstmörder Bismarck's, Moritz Busch, das Entlassungsgeheimnis Bismarck's an den Kaiser in vollem Wortlaut veröffentlicht worden. Darin spreit gewisse offizielle Organe sich nach Galle, lachten dabei über diese Veröffentlichung als nicht von Bismarck bezogen, dessen Familie, sondern von Moritz Busch selbstständig ausgehend zu bezeichnen. Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt zu der Veröffentlichung treffend:

Fürst Bismarck hat zu seinen Lebzeiten eine gewisse Zahl von bemerkenswerthen Personen mitgeteilt, daß über seine Vergangenheit mit ihrem Surus, seine Anhänglichkeit an die monarchische Vergangenheit, die sich in allen diesen Dingen widerspiegelt.

„Ich habe die bürgerlichen Namen meines Vaters „Busch“, sagte er. „Es giebt für mich Nichts Höheres als Bismarck.“

„Kann ich nicht finden, Bismarck ist eine angenehme Stadt.“

„Um Gottes willen, jedes Wort ähnelt dem anderen. Ueberall sieht es nach dem reich gewordenen Bourgeois. Nein, ich bin kein Kaiser, in den alten, verstaubten Palast.“

„Als Bismarck.“

„Als Bismarck ohne Vergangenheit und ohne Begenden in ihrer Familie Namen von neuen Städten empfangen sein, von neuen Städten, wo Alles noch roh ist und Alles noch der Finsternis verweilt, weil die Zeit zum Denken fehlt.“

„Als Bismarck.“

„Als Bismarck.“

„Als Bismarck.“

lösung sofort nach seinem Tode durch die Veröffentlichung des Entlassungsgeheimnisses beides Licht verbreitet werden sollte. Daß diese Veröffentlichung angeordnet bzw. ermöglicht worden sei, um alte Wunden zu schließen, wird wohl auch der größte Optimist nicht annehmen. Das Entlassungsgeheimnis muß gerade in diesem Moment wie eine Injektion wirken, und das soll es wohl auch. Man hat im Bismarckischen Lager sich schon Jahre lang Wunderwirkungen von der Publikation dieses Schriftstückes versprochen und oft in geheimnisvoller Weise darauf hingewiesen. Es ist ein Meisterstück des Stills. Bei aller Unterwürfigkeit des Tones großt der Herr durch seine Sätze; die Schlüsse ahmen gegen den Kaiser etliche sbrallche Ironie. Daß eine solche Veröffentlichung Angehörigen des offenen Sarges der Erbitterung der Bismarck-Gemeinde über den Sturz ihres Helden neue Nahrung geben muß, ist wohl selbstverständlich; gleich der Emser Depesche muß sie wie eine Infusare wirken. Wenn der Alt-Reichskanzler sich diesen Coup schon bei Lebzeiten ausgedacht hat, so kann Niemand im Zweifel sein, was er damit erreichen wollte. Zugleich ist bemerkenswerth, daß andere Hände mit der Veröffentlichung betraut worden sind, damit nicht auf Bismarck's ältesten Sohn, der Staatsbeamter — wenn auch a. D. — ist, das Odium der Veröffentlichung falle. In die Veröffentlichung ist durch die Veröffentlichung des Entlassungsgeheimnisses schon ein Miston gebracht, wenigstens insofern die offiziellen Kreise daran sich beteiligen werden. Man erkennt daran die Eigenart des vorerwähnten Staatsmannes, der sich rühmt, ein großer Hasser zu sein. Das Wort Vergeltung stand in seinem Verison nicht, und so hat er Sorge getragen, daß noch nach seinem Tode denen vom oben vor die Fäße gemorren werden, welche seine Entlassung, die er niemals verhindern konnte, herbeigeführt haben.

Die „Köln. Volksztg.“ folgert aus der Einleitung, welche Busch, einer der besten und ältesten Mitarbeiter Bismarck's, der Veröffentlichung des Entlassungsgeheimnisses gegeben, daß diese gerade im gegenwärtigen Augenblick aus Vorsehung erfolgt ist. Rechtlich hält die „Köln. Volksztg.“ die Publikation überhaupt nicht einwandfrei, da solche Entlassungsgeheimnisse in die Geheim-Archive gehören. Aber der Stein ist in's Rollen gebracht, und die Frage der Entlassung des ersten Kanzlers wird nach 8 Jahren plötzlich wieder aktuell.

Laut „Köln. Ztg.“ wurden die vielbesprochenen Bismarck-Memoiren bereits vor geraumer Zeit an die Verlagsanstalt „Union“ in Stuttgart zum Preise von einer Million Mark verkauft. Die Memoiren wurden vom Fürsten bis in die letzte Zeit hinein fortgesetzt. Die Veröffentlichung erfolgt bald.

Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Der Reise des Kaisers nach Jerusalem wird der Westfälischen Zeitung geschrieben:

Zum Unterschiede von der Heiligkeit bei der Einweihung der Schloßkirche in Wittenberg 1892 sind zu dem Jerusalemereise nicht nur die außerordentlichen protestantischen Festlichkeiten, sondern, wie schon gemeldet, auch die bestirnten Reichsregierungen eingeladen worden. An die Staatsregierungen sind hierbei diplomatische Anfragen wegen der Befreiung der Befreiung gerichtet worden, die zum Theil schon eingekommene Antworten gefunden haben. Die kantonalen Reichsregimente der Schweiz sind ebenfalls eingeladen worden, und auch die evangelische Kirche Belgiens wird vertreten. Die Reise, die die protestantischen evangelischen Gesellschaften an der Wittenbergkirche 1892 beabsichtigt waren, ist daraus zu erklären, daß sie zur Schweizer Reichsregimenten gehören und sich somit der bedeutendsten kirchlichen Verbindung Deutschlands angegeschlossen haben. Die Befreiung der deutschen Reichsregimenten wird nicht einsehlich sein, da nur ungefähr sechs der kleineren ab- und abwärts gerichtet haben. Die größeren Reichsregimenten, wie die Bayerns, Sachsen, Württemberg, Baden, Preußen, Hannover, Mecklenburg, Oldenburg u. haben ohne Weiteres ihre Zustimmung erklärt und ihre Vertreter entsandt.

Die große Zahl der Reichsregimente in Deutschland macht darauf, daß sich in vielen Bundesstaaten mehrere haben, so bei Preußen allein acht.

Zur Schiffsaffaire vom vorigen Sonntag meldet unser Vaterland, daß der Retrospektive Traumbüller, der kein Räuber vor einer Retraite von dieser niedergefallen wurde, in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag seinen Selbstmord erlegte, nachdem ihm Mittags zuvor das nicht sehr appetitliche Essen war.

Traumbüller nur als Neugierigkeitswärtiger in die Marine eingetreten, hat während seiner Dienzeit zu eine Strafe erhalten und wurde in zwei Monaten entlassen worden. Und diese kühne Wagnisse sind vermerkt, weil der Mann eine Retraite erlegte, die für eines vorerwähnten Gruppens nicht unüblich ist. Und auch diese mittelalterliche Schiffsaffaire jener, die das Schicksal mitten im Frieden auf dem Meere nicht nur gesteuert, sondern befehligt, die gegebenen Fälle die Entscheidung über Leben und Gesundheit eines Menschen in die Hand eines Soldaten legt?

Die militärische Nutzung des handlichen Gewehres hat sich auch hier wieder gezeigt. Die Nutzung eines Gewehres, das demselben, hat den Tod zur Folge gehabt.

Der deutsch-russische Zwischenfall ist endgiltig beendet, nachdem die russische Flotte am Dienstag aus dem Meer zurückgezogen wurde, der russische Flottenkommandant angekündigt hat, daß der russische Flottenkommandant und Geschwader nicht in Streit treten wird.

Die Verhinderung des Heißes. Die Berliner Nachrichten veröffentlichte diese Erklärung: „Wenn in nächster Zeit die russische Flotte den deutschen Flotte — um ihre Entzug anzufragen zu erlauben — verweigert werden, die Verhinderung der russischen Flotte zu erlauben, so wird sie durch die unvollständige Löhne Preise auf dem hiesigen Schwarzmarkt herzu gewinnen. Ehe nicht die Entzug für die Entzug von lebendem Fleisch nach Deutschland gebracht werden, ist eine Verhinderung der russischen Flotte nicht zu erwarten.“ Es nicht die Hauptursache!

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg. Auf baldigen Friedensschluß hofft man auch in Amerika zu werden. Der „New-York Herald“ meldet, Präsident Mac Kinley habe die Zustimmung des Spaniens die amerikanischen Friedensbedingungen anzunehmen werde laut der jüngstigen Zustimmung der Mitglieder der Commission für die Friedensbedingungen. In diesen Bedingungen werde jeder Generalbesatz gegeben, unabhängig auch der spanische Generalbesatz über, unabhängig auch der spanische Generalbesatz über, unabhängig auch der spanische Generalbesatz über.

verstandigte Präsident Mc Kinley Herrn Cambon, wenn Spanien versuchen würde, den Bestand europäischer Mächte behufs Erlangung günstigerer Bedingungen anzurufen, würde er die Verhandlungen sofort abbrechen.

Nach einer Meldung aus Havana veranstalteten dieser Tage Freiwillige auf einem Markte durch die Stadt Demonstrationen gegen Marshall Blanco und die Regierung, welche sie des Verrathes an der Freiheit bezichtigten. Dieselben warfen ihre Waffen vor sich und plündernten Läden. Im cubanischen Hauptquartier verläutet, die mexikanische Regierung habe in den Provinzen Tabasco, Campeche und Veracruz neue spanische Handelsschiffe beschlagnahmt, die mit Vorräthen für Cuba beladen waren.

Nach einer Meldung aus San Thomas sind die Amerikaner, ohne Widerstand zu finden, in Amo im Bezirk Ponce (Portorico) eingezogen. Ferner haben die Amerikaner am Sonnabend Abend Juana Diaz im gleichen Bezirk besetzt.

Die Schaffung einer activen Armee plant die Unionregierung zur Befestigung der in dem Kriege neu gewonnenen Landestheile. Die „Post“ in Washington meldet, Präsident Mac Kinley werde, sobald Spanien die Friedensbedingungen angenommen haben werde, eine besondere Zugung neuer Häuser des Congresses einberufen, die ein eigenes Gesetz betr. Erhaltung einer activen Armee von 100,000 Mann beschließen soll, von denen etwa 50,000 auf Cuba, 30,000 auf den Philippinen und 20,000 auf Puerto Rico stationirt werden sollen.

Die Dreyfusangelegenheit.

Ueber den Prozeß Esterhazy. Du Paty wird der „L. B.“ geschrieben: Es giebt doch noch Richter in Frankreich, oder wenigstens einen Richter. Vertulus, der Untersuchungsrichter in Sachen Esterhazy, der Urheber der Verhaftung des Generalstabsoffiziers Schützling, hat es nun auch gewagt, dem Generalstabsoffizier Du Paty de Clam an den Stragen zu gehen — und zwar trotz des Widerspruchs seines Vorgesetzten, des Procurators der Republik, der seine Instruktionen bei der Regierung, d. h. beim Generalstab einholte.

Die Untersuchung hat Vertulus bereits hinreichendes Beweismaterial geliefert, um Du Paty de Clam als Mithilflichen an den Esterhazy-Fälschungen verfolgen zu können. Die Bedeutung dieser Thatfache für die Dreyfus-Affaire habe ich schon früher auseinandergesetzt. Und bezeichnender Weise versucht es der Procurator der Republik nicht einmal, den Sachverhalt zu bestritten. Er vertritt die schlotternde Angst des Generalstabes hinter einem — übrigens heillosen — prozessualischen Vorwand. Es handelt sich nämlich darum, Du Paty de Clam vor dem civilen und öffentlichen Schwurgericht zu stellen. Der Procurator bestritt daher die Kompetenz der civilen Justiz, die Untersuchung auf einen activen Offizier auszudehnen. Vertulus steht sich aber auf die klare Vorschrift des Gesetzes, wonach eine Criminalsache, in der neben Militärs eine civile Person verwickelt ist, der Civiljustiz untersteht. Die civile Person ist in diesem Falle die Dirue Pats, die Maitresse Esterhazy's.

Der Einspruch des Procurators hat die für den Generalstab fatale Folge gehabt, daß Vertulus sich in die Öffentlichkeit gesüchtet hat. Er veröffentlichte seinen Verfolgungsbeschluss gegen Du Paty de Clam, in dem alle Belastungsmomente enthalten sind. Der Verfolgungsbeschluss bildet so gleichsam eine amtlich-juristische Begründung der von Zola gegen Du Paty de Clam erhobenen Anklagen, die bekanntlich der Generalstab, wie nahezu sämtliche andere Anklagen Zola's, nicht für zulässig erklärt hatte.

Der Competenzstreit beim Conflict zwischen Untersuchungsrichter und Procurator kommt zunächst vor die Anklagesammer. In letzter Instanz wird darüber der Cassationshof entscheiden, da auch Piquart als Civilpartei gegen Vertulus' Verfolgungsbeschluss Einspruch erhoben hat. Piquart verlangt nämlich die civilgerichtliche Verfolgung Du Paty's nicht nur wegen des gefälschten „Speranza“-Briefes und der gefälschten „Speranza“-Depesche, sondern auch wegen der gefälschten „Blanche“-Depesche, für welche letztere Vertulus sich nicht competent erklärt hat weil Du Paty deren einziger Urheber ist. Piquart beruft sich offenbar mit Recht darauf, daß alle Fälschungen in engem Zusammenhang stehen.

Die eventuelle Anrufung des Cassationshofes ist deshalb von Wichtigkeit, weil von ihm viel eher als von der Anklagesammer eine rechtmäßige Entscheidung zu erwarten ist.

Nach aber auch Du Paty vor dem Schwurgericht und damit vor jeder materiellen Strafe gerettet werden. Die Schwach des militärischen Klügel's, der vor Fälschungen nicht zurückbeugt, um den an Dreyfus begangenen Justizmord zu verhehlen, bleibt unanständig — und kein unbefangener Mensch mit gesundem Sinnen und urtheilsfähigem Verstand kann fortan noch an der Unschuld des Dreyfus zweifeln.

Die italienische Schandwirthschaft.

Die Blutgerichte in Italien sind in voller Thätigkeit. Vor einigen Tagen verurtheilte das Mailänder Kriegsgericht 30 Angeklagte in contumacium zu Gefängnisstrafen von 1 bis zu 15 Jahren. Und warum? Sie sollen zum Klassenhas und zu Verbrechen aufgereizt haben. Als Beweise hat die Anklagebehörde nur die Thatfache anzuführen vermocht, daß die Angeklagten Mitglieder socialistischer und republikanischer Clubs sind. Das genügt jetzt aber auch zur Verurteilung in Italien. Der ehemalige radicale Deputirte Antonio Maffi wurde, obwohl er als Gegner des Socialismus bekannt ist, zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt, nur weil er für Arbeiter-Cooperativ-Genossenschaften thätig gewesen.

Vor dem Kriegsgericht in Florenz beantragte der Ankläger gegen die Revoltanten von Figline insgesamt 375 Jahre Gefängnis. Das Urtheil ist noch nicht verkündet. Amilcare Cipriani, der sich gegenwärtig in Paris befindet, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt wegen einer Rede, die er 3 Monate vor Ausbruch der Revolte in Florenz hielt. — Das Neapolitanische Kriegsgericht hat nicht weniger denn auf 642 Jahre 11 Monate 21 Tage Gefängnis und 5092 Jr. Selbststrafe erkannt.

In Laufe dieses Monats wird vor dem Tribunal zu Turin auch gegen Frat. Paolo Lombroso, die Tochter des bekannten Gelehrten, verhandelt werden wegen eines Artikels, den sie in dem socialistischen Organ von Turin veröffentlicht hat.

Der Verzug der Marine trotz des zum Himmel schreienden Massenkrachs scheint auch jetzt die Hauptfrage der italienischen Regierungskammer zu sein. Wie man aus Rom berichtet, führt der Marineminister Admiral Palumbo eifrig die Mittel, durch welche der vom verstorbenen Kaiser Drey-

entworfenen Plan für die Verstärkung der italienischen Flotte mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden könnte.

Großmachtkämpfe in Asien.

England und Rußland im Kampfe um China. Der „Standard“ meldet aus Peking, dort gehe das Gerücht, es sei zwischen Li-Hung-Tschang und dem britischen Gesandten, Sir Claude Macdonald, zu einer beständigen Auseinandersetzung gekommen.

Li-Hung-Tschang wird dies nicht gelingen, hat doch Lord Salisbury im Oberhause Macdonald einen der befähigsten und tüchtigsten Diplomaten genannt.

England und Rußlands Hände in Persien. Der Correspondent der „Times“ erfährt aus „durchaus zuverlässiger Quelle“, Rußland habe längst von der persischen Regierung verlangt, daß sie die Anleihe mit einer britischen Bankengruppe, aber welche bereits thatsächlich ein Leihereinkommen erzielt war, nicht aufgeben solle.

Bismarck's Leben und Wirken.

(Fortsetzung)

Mit Bonapartes Protectorate und dem italienischen Bündnisse hing innig der Bundesreformplan Bismarck's, den er jetzt in den Streit hineinwarf, zusammen.

Was bezweckte Bismarck? Er ließ durch die „Kreuzzeitung“ den Mittel- und Kleinstaats-Regierungen sagen: Nehmt, was ihr noch kriegen könnt, was euch Bismarck bietet, wird euch niemals wieder geboten werden.

Die Bismarckische „Nordd. Allg. Ztg.“ aber brühte das Bedauern Preußens darüber aus, daß es scheine, als ob die deutschen Regierungen gegen die nationale Reform Truppen aufboten wollten.

Die Fortschrittspartei aber wurde mit der wohlklingenden Verheißung einer Abwälzung der preussischen Militärlasten, die Bourgeoisie mit den wirtschaftlichen Reformen (Freizügigkeit, Münz-, Maß-, Gewichtseinheit, Gewerbefreiheit, Handelschug u. s. w.) gelockt, lauter Dinge, nach denen das Bürgerthum gierte, um damit die Bahn für den ungehinderten Vormarsch des Capitalismus zu ebnen.

Reagirte die Bourgeoisie nicht, so sollte die Arbeiterklasse durch das allgemeine Wahlrecht gefirtt werden. Der schlaue Stattenfänger rechnete mit dem Bleigewichte der unaufgeklärten Masse des der Reaction auch politisch frondenden Landvolks, mit der Verfassung von Tagegebern.

So organisierte sich die Revolution von oben zum Kampfe gegen die bundestagliche Kammerwirtschaft. Der deutsche Krieg wurde in wenigen Wochen mit starken, rascher Schlägen zu Ende geführt.

Österreich verzichtete auf jeden Eingriff in deutsche Angelegenheiten, die Staaten nördlich des Mains bildeten einen Bundesstaat, in dem der preussische Staat, vermehrt durch Schleswig-Holstein, Hannover, Kurheffen, Nassau und Frankfurt a. M., das sichere Uebergewicht besaß.

Bismarck war jetzt mitten in der Verwirklichung der Pläne, die er angeblich im Jahre 1864 dem russischen Staatsrathe Swert dargelegt hatte: „Ich werde die Euren erlaufen, die Andern einschlichtern, noch Andere schlagen und zuletzt Alle für mich gewinnen, um sie gegen Frankreich zu führen.“

Bismarck war es, der Wilhelm's I. heißes Verlangen, auch die Westlinder zu enteignen, zurückdrängte, der glänzige Friedensbedingungen mit Österreich und den süddeutschen Staaten und dafür die vorläufig noch geheimgehaltenen Schutz- und Trutzverträge davontrug, die für seine Zukunftspolitik eine Lebensfrage waren.

Vor dem Sieger Bismarck capitulirte damals die preussische

Bourgeoisie. Sie erniedrigte sich, damit sie sich bereicherte. Um der materiellen Zugeständnisse willen, die die Capitalistenklasse brauchte, warf sie ihr radikales Programm, ihre revolutionären Ueberlieferungen in die Caduse.

Damals löste sich aus dem Schooße der Fortschrittspartei der Nationalliberalismus, die Regierung beauftragte und erhielt ihre Inbennität für die budgetlose Zeit des Conflicts, die feudal-bürgerliche Compromißwirtschaft begann.

So wurde allmählich der Weg frei zur Reichsgründung. Der endgültigen Auseinandersetzung hatte Bismarck durch stete Abwechseln und Reibungen mit Napoleon III. vorgearbeitet.

Mit der Gewalt eines historischen Naturgesetzes wirkte auf Bismarck als treibende und drängende Macht der Zwang, einen nationalen Wirtschaftskörper zu schaffen und zu befestigen, der aus eigener Kraft zu leben, in seinen eigenen Schutten zu stehen vermochte.

Nicht mit volksthümlichen oder revolutionären Mitteln trieb Bismarck Politik, er wollte den Krieg mit Frankreich, aber er wollte ihn als einen dynastischen und contrerevolutionären Krieg, und so wirtschaftete er nach der Methode der Cabinetpolitik.

In kurzer Frist war der Thron Napoleons gestürzt, der Tag von Sedan sicherte in Frankreich die bürgerliche Republik, diesseits des Rheins aber die deutsche Einheit.

Dann kam die American Elßaß-Lothringens. Der Frankfurter Friede schuf neue Zustände, mit denen die deutsche und die Weltpolitik zu rechnen und sich abzufinden hat.

Die deutsche Einheit wurde derweil von den deutschen Fürsten gar eigen aufgebaut. Wilhelm I. war, wie er an seine Gemahlin schrieb, in einer „morosen Emotion“, weil er, der Nichts-als-Preuße, sich darauf einlassen sollte.

Die ungenügende Verfassung des norddeutschen Bundes wurde, nur noch mit erheblichen Verschlimmerungen, die Grundlage der deutschen Verfassung.

Preussischer Militärstaat und deutsche Bourgeoisie hatten den Eroberungskrieg nach dem Tage von Sedan geführt. Er brachte in seinem Gefolge den ungeheueren, unaufhörlichen Aufstieg des Militarismus zu Land und zu Wasser.

In diesem Taumel der Riesengewinne, unter dem goldenen Regen der Beteiligungen, der Dividenden und Lantidemen (Miquel bezog als Mitdirector der Discontogesellschaft in vier Jahren 1,338,730 M. 10 Pf.), in der treibhausmäßigen Blüthe des deutschen Wirtschaftslebens profitirte sich die Bourgeoisie vor dem „Säcularmenschen“, der ihr diese Herrlichkeiten hehret hatte, indem sie ihre politischen Herrschaftsrechte dem verjunkteten Volkestaate auslieferete.

Sicher war es ein ökonomischer und socialer Fortschritt, daß die neuen Gesetze über gemeinsames Bürgerrecht, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. s. w. den alten Jopf der Kleinhaare und Jünflerei abschüttelten. Aber die bürgerliche Klasse that es in ihrem eigenen Interesse und in schmerzlicher Empörung schon vor dem Proletariat, das hinter ihr drohend emporwuchs.

Als der Raub kam, verdingte sich Bismarck in dem Gefirnis des Kulturkampfes. Er fing Handel an mit der katholischen Kirche, um die partikularistische Opposition des Centrums durch Ausnahmegeetze zu bändigen.

Er unterlag im Kulturkampfe gegen die Kirche, wie er im Kampfe gegen das Proletariat den Kürzeren ziehen sollte. Auf den tollen Fasching des Willkürschwunders war der Nöhermittwoch einer verheerenden Missthat, des Raubes naturgemäß gefolgt.

Die deutsche Bourgeoisie, die aus rabiaten Freihändlern Ende gewandelt hatten, weil Deutschland aus einem Getreide ausführenden ein Getreide einführendes Land, ein Industriestaat wurde.

Die deutsche Bourgeoisie, die aus rabiaten Freihändlern Ende gewandelt hatten, weil Deutschland aus einem Getreide ausführenden ein Getreide einführendes Land, ein Industriestaat wurde.

Hochschulzöglingen. Und als Bundesgenossen stießen zu ihnen die Großgrundbesitzer, die aus rabiaten Freihändlern Ende gewandelt hatten, weil Deutschland aus einem Getreide ausführenden ein Getreide einführendes Land, ein Industriestaat wurde.

Bismarck, Ratsfundierbesitzer und Großgewerbetreibender in Einer Person, stets ein guter Geschäftsmann und trefflich durch Rothschild's Agenten, Gerson Bleichröder, seinen Leibkandidat für die Klagen beider Gruppen und brauchte auch neue Steuerquellen für den Militäretat, mochten es in directe Steuern, Zölle oder Monopole sein.

An Zulauß und Zustimmung aus dem „Mittelstande“ fehlte es nicht. Das Kleinbürgertum und die Bauernsamen schreckten die überseeische Lebensmittelconcurrnz und die Schwinbelgeschäfte des großen Capitals, das, wie die Gründerzeit ausstellte, ungestört plündern konnte.

Majestätsbeleidigungsprojekte.

Von der Anlage der Majestätsbeleidigung wurde in nicht öffentlicher Sitzung der Wahlbenziger Johann Fr. aus Ober-Leppersdorf vom Landgericht Hirschberg freigesprochen.

Arbeiterbewegung.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1897. Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in der neuesten Nr. ihres „Correspondenzblattes“ die alljährliche statistische Uebersicht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Die Zahl der Verbände, sowie die Mitgliederzahl in diesen und den Localvereinen, über welche Angaben gemacht wurden, zeigt die nachstehende Tabelle.

Table with 7 columns: Jahr, Central-Organisat., Mitgliederzahl, Davon weibliche Mitglieder, In Localvereinen ca., Zusammen, Verhält. d. Bergarbeiter-Organisat. Data rows from 1891 to 1897.

Der ständige Wechsel in der Zahl der gewerkschaftlichen Centralverbände zeigt, daß in einzelnen Berufen die gewerkschaftliche Organisation über den Standpunkt des Experimentirens noch nicht hinausgekommen ist.

Die Jahreserinnahme der Organisationen betrug 4,083,096.96 Mark, die Ausgabe 3,542,807.87 Mark; Kassenbestand 2,951,424.63 Mark.

Der 9. internationale Bergarbeiter-Congress ist am Montag Mittag in Wien eröffnet worden. Es waren 60 Delegirte anwesend. Davon sind 32 aus England, Oesterreich hat 19 Delegirte entsendet, Belgien 3.

Der internationale Bergarbeiter-Congress verhandelte am 2. August zunächst über die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages. Der Congress verlangt die Einschränkung des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages, Einsetzung und Aufhebung der Bergbau-Inspection, die seit vier Monaten im Kampfe für die Abschaffung des Systems der gleitenden Lohnscale und für die Eringung eines Minimallohnes stehen.

Aus aller Welt.

Von der Eisenbahn überfahren und getödtet wurde am Sonntag auf der Strecke der Linie Leipzig-Hof bei Großschönau...

Bei einem Schwermord in einer Wabenschule zu Hannover...

Die Explosion von Petroleumdampfen trug sich in R. Glabach ein schweres Unglück zu. Zwei Arbeiter waren...

Ungeheures schweres Gewitter dauerte in Oberitalien fort. In den Provinzen Verona und Ferrara wurden...

lokales und Provinziales.

Breslau, den 3. August 1898.

Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter.

Nach § 119a der Gewerbeordnung ist Gemeinden oder weiteren Kommalverbänden das Recht eingeräumt worden, durch Ortsstatut zu bestimmen: „Das der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Verschmäkung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird.“...

Stadtschulrath. Die Wahl der Stadtschulrathen ist, wie die „Bresl. Ztg.“ mittheilt, auch nicht ein einziger Einbruch oder Versehen gegen Hindernisse erlitten worden. In Folge dessen beantragt die am 10. August stattfindende Versammlung der Stadtschulrathen-Verammlung nicht unterbrochen zu werden.

Diebstahl im Altersheim. Zwei junge Leute haben bei Einbruch in das Altersheim in Breslau...

„Küchlein“ in der Polizeistation. Das Küchlein, das die Polizei in der Polizeistation in Breslau...

Die Schaffung mit Angehörigen ein Grund zu... (Text continues with details of a case or event)

verunreinigte Näherin in ihrer Werkstatt zu beschäftigen; es könnten ihr dadurch Unannehmlichkeiten mancherlei Art passiren. Die Entlassung war daher als berechtigt anzusehen, obgleich eine besondere Bestimmung in der Gewerbeordnung für derartige Fälle nicht vorgelegen sei. Der § 129 Absatz 8 der Gewerbeordnung besage aber, daß Gefährden und Beschaffenheiten entlassen werden können, wenn sie mit einer „abschreckenden Krankheit“ behaftet sind. Mit dieser Klausel dürfte der Gelehrte, namentlich auch die Verunreinigung gemeint haben. Der Nesthohn wurde der Näherin dagegen zugesprochen.

Ein lebenswunder Schloßergeselle sprang am Montag in der Nähe der Jägerinsel in die Oder. Er wurde indes durch mehrere Schiffe wieder ans Land gebracht, auch als er zum zweiten Male wieder in den Strom gesprungen war. Bei einem dritten Versuche erfolgte ihm ein Mißerfolg und sorgte für seine Aufnahme in ein Krankenhaus.

Ein verurtheilter Mörder. Heute Nachmittag ist eine Wittwe ihr etwa zwei Jahre altes Kind wiederholt mit dem Kopf auf das Plaster der Seilstraße auf und machte dann den Versuch, dasselbe in die Oder zu werfen, woran sie jedoch durch mehrere Frauen verhindert wurde, die ihr das Kind entriffen. Das Kind soll erhebliche Verletzungen am Kopfe erlitten haben.

Ein Lebenswunder. In der Nähe der Jägerinsel in die Oder. Er wurde indes durch mehrere Schiffe wieder ans Land gebracht, auch als er zum zweiten Male wieder in den Strom gesprungen war. Bei einem dritten Versuche erfolgte ihm ein Mißerfolg und sorgte für seine Aufnahme in ein Krankenhaus.

Ein Lebenswunder. In der Nähe der Jägerinsel in die Oder. Er wurde indes durch mehrere Schiffe wieder ans Land gebracht, auch als er zum zweiten Male wieder in den Strom gesprungen war. Bei einem dritten Versuche erfolgte ihm ein Mißerfolg und sorgte für seine Aufnahme in ein Krankenhaus.

Ein Lebenswunder. In der Nähe der Jägerinsel in die Oder. Er wurde indes durch mehrere Schiffe wieder ans Land gebracht, auch als er zum zweiten Male wieder in den Strom gesprungen war. Bei einem dritten Versuche erfolgte ihm ein Mißerfolg und sorgte für seine Aufnahme in ein Krankenhaus.

Ein Lebenswunder. In der Nähe der Jägerinsel in die Oder. Er wurde indes durch mehrere Schiffe wieder ans Land gebracht, auch als er zum zweiten Male wieder in den Strom gesprungen war. Bei einem dritten Versuche erfolgte ihm ein Mißerfolg und sorgte für seine Aufnahme in ein Krankenhaus.

schlug und sie so unglücklich traf, daß die Frau bald darauf verstarb. — Kommerz. Die Nachricht, daß auf den hiesigen Herrern Conrad ein Mißerfolg stattgefunden hat, bestätigt sich nicht. Die Sache ist jedenfalls, wie der Herr selbst schreibt, von einem leichtsinnigen Menschen, um ihn zu ärgern, in die Blätter lancirt worden.

Neueste Nachrichten.

Vom spanisch-amerikanischen Krieg.

„Daily Mail“ meldet aus Madrid, die spanische Regierung hat die Friedensbedingungen Amerikas im Prinzip angenommen, nur eine kleine Anfrage bezüglich einer weniger wichtigen Angelegenheit ist nach Washington gegangen; die Annahme der amerikanischen Bedingungen wird nicht eher veröffentlicht werden, bis die Antwort auf die letzte Anfrage eingetroffen ist.

Der „Stalle“ zufolge, wird der Vorfriede zwischen Spanien und Nordamerika noch vor Sonnabend unterzeichnet werden, da die Bedingungen des Präsidenten Mac Kinley von Spanien angenommen werden.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New-York gemeldet: Die „New-Yorker Staatszeitung“ veröffentlicht eine Berliner Privatdepesche, die eine offizielle Erklärung des Auswärtigen Amtes enthält, daß die herkömmlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bestehen. Die deutsche Regierung neigt eher zu Amerika als zu Spanien hin. — Diese Erklärung wurde von dem amerikanischen Botschafter in Berlin nachdrücklich bekräftigt mit dem Zusatz, daß von gewisser Seite planmäßig Zwietracht zu säen versucht werde durch Schaffung sogenannter Zwischensfälle, die sich durchweg als rein zufunden erweisen. Diese Erklärung wird in der englischen Presse vielfach abgedruckt und commentirt.

Standesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen. II. Schirmmacher Paul Kenschke, kath., Kurze Gasse 23, und Martha Obst, ev., Brunnenstraße 13. — Bäcker Gustav Schramm, ev., Neue Schweidnitzerstraße 2, und Martha Kähler, ev., Telegraphenstr. 5. — III. Handelsmann Anton Müller, kath., Neuplatz 8b, und Catharina Trobmann, kath., ekenba. — Fleischer Josef Schwan, kath., Kupferstraße 34, und Clara Olschaf, kath., Wörtherstraße 2. — Tischler Hermann Witt, kath., Berlinerstraße 67, und Emma Kirck, geb. Schramm, Oststr. 36. — Tischler Carl Jungling, kath., Rosenstr. 21, und Anna Görlich, ev., Poststr. — Postillon Robert Zeh, ev., Wörtherstr. 48, und Ida Bask, ev., Herstr. 3. — Glaser Max Schaefer ev., Neue Junferstraße 10, und Bertha Rolke, ev., ekenba.

Geschickliche. II. Tischlermeister Johann Wurst, kath., Trinitasstraße 5, mit Ida Dreher, ev., Gähbstraße 64. — III. Arbeiter Hermann Rose, kath., Neue Junferstraße 6, mit Johanna Gebulla, kath., Oelsenerstraße 4. — Schmied Paul Witterling, ev., Kleine Scheitnigerstr. 34, mit Anna Storm, kath., ekenba.

Geburten. I. Hausbälter Johann Grometta, kath., S. — Korbmacher Paul Dym, kath., S. — Hausbälter August Köhler, kath., S. — Arbeiter August Röh, kath., S. — Feilenhauer Albert Pech, ev., S. — Werksführer Paul Stammwig, ev., S. — Kesselschmied Josef Konieczny, kath., S. — II. Barbier Hermann Hänsel, ev., S. — Schneider Carl Kudel, ev., S. — Comptoirbedienter Franz Förster, kath., S. — Sattler Robert Wittner, ev., S. — Musiker Paul Wojciszowski, ev., S. — Maurer Hermann Schöpf, ev., S. — Sattlermeister Carl Ditz, ev., S. — Drechslermeister Hermann Kalinke, ev., S. — Schuhmacher Josef Seifried, kath., S. — Hausbälter Heinrich Gröbke, ev., S. — III. Arbeiter Dr. Matzke, ev., S. — Tischler Bruno Epig, ev., S. — Arbeiter Paul Simon, ev., S. — Arbeiter Franz Schubert, kath., S. — Tischler Gustav Geppert, ev., S. — Kaufmann Alfred Wittmer, jud., S. — Musiker Hermann Galle, ev., S. — Handschuhmacher Paul Weinhold, kath., S. — Anstreicher Robert Rober, ev., S.

Todesfälle. I. Arbeiter Ferdinand Laßwitz, 40 J. — Hauswirthin Johanna Stahn, geb. Scheider, 82 J. — Schneidermeister Wilhelm Gläser, 73 J. — Conrad, Sohn des Ruffschers Hermann Krause, 5 J. — Früherer Maurer Carl Gleichenberg, 55 J. — Klempner Carl Fierabend, 40 J. — Richard, Sohn des Gamaßschneiders Paul Breitshneider, 3 J. — III. Martha, S. des Arbeiters Bruno Raffel, 1 J. — Zimmermannsrau Maria Rehme, geb. Pilla, 34 J. — Ernst, Sohn des Schlossers Ernst Kollenber, 1 Tag. — Wally, S. des Wurfstreichers Max Mierau, 7 Mon. — Arbeiterfrau Antonie Dietzel, geb. Zomyk, 37 J. — Franz, S. des Zahnchneiders Wilhelm Dregger, 1 Std. — Erich, S. des Tischlers Robert Ritz, 8 Mon. — Alfred, S. des Arbeiters Paul Richter, 2 M. — Wittme Christiane Heilmann, geb. Köpfe, 71 J. — Frieda, S. des Aufsehers Gottfried Kurjawi, 2 Tage.

Liegnitz. Gewerkschafts-Cartell. Sitzung am 4. Juni, Abends 8 Uhr.

Blau Pilot, Arbeiter-Anzüge für Schlosser 13236 und Maschinenbauer kauft man billig bei G. Kauerhase Henmarkt 45, parterre und 1. Etage.

Partei-Versammlung

Sonntag, den 7. August, Vormittags 11 Uhr, 8750 in Hallmann's Brauerei, Lösch-Strasse.

Tages-Ordnung: 1. Die nächsten preussischen Landtagswahlen. Referat: Genosse Bruhs. 2. Berichterstattung und Abrechnung des Reichsausschusses. 3. Ein wichtiger Entschluß ansetzen. Die Vertrauenspersonen.

Weissbier-Brauerei. Einziges Export-Weissbier-Brauerei. In Breslau. Emil Kammer Breslau 33 Lebs-Strasse 33.

Versand in Gebinden und Flaschen. In Breslau frei Haus! Emil Kammer Breslau 33 Lebs-Strasse 33.

Große Fänge! Billige Preise! Nordsee-Silberlachs. Nordsee-Silberlachs. große fetten Cablian sowie alle anderen Sorten Seeisch. D. D. F. G. Nordsee mit Schmeldebrücke 48.

Theilzahlung Möbel, Spitzel, Kalkmatten, Regulatoren Ernst Karsunky Tischlermeister Matthiasstr. 14, part. „Goldene Sonne“, Edt, Schrotgasse. Wer gut u. billig kaufen will besuche die Auktionen mit Gerstel. Frauenfrage und Socialdemokratie Lily Braun-Gizycki. Preis 20 Pfg.